

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 6

Artikel: Nach dem 4. Juni
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

käme, weil eben die Vereinigten Staaten ihre Militärstützpunkte in Japan nicht aufzugeben bereit wären und dazu Japan selbst — wie Westdeutschland — wiederaufrüsten wollten, so käme es unvermeidlicherweise zu Sonderfriedensverträgen beider Mächtegruppen mit Japan und einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits, der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik andererseits auch in Ostasien. Die amerikanische Waffen- und Militärhilfe an Frankreich, die jetzt den «Krieg gegen den Kommunismus» in Indochina alimentiert, vertieft diesen Gegensatz zwar ohnehin schon nicht unwesentlich, obwohl gerade der Viet Minh, der vier Fünftel des indochinesischen Gebietes umfassende neue Volksstaat, bisher keineswegs als kommunistisches Gebilde oder gar als Satellit der Sowjetunion angesprochen werden kann.

Die Tendenz zur Kommunisierung besteht unzweifelhaft in Indochina ebenso wie in den anderen Ländern Südostasiens, aber nicht als Wirkung eines «aggressiven Sowjetimperialismus», sondern als Ausdruck des elementaren Willens der farbigen Rassen, den westeuropäisch-amerikanischen Imperialismus abzuschütteln und sich ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen. Die Westmächte beteuern vergebens ihre Bereitschaft, den asiatischen Völkern in diesem ihrem Streben beizustehen; ihre Taten, zu denen auch der mit Erbitterung und großem militärischem Aufgebot geführte Krieg Englands gegen die «Terroristen» in Malaya gehört, strafen ihre Worte Lügen und lassen die Hoffnung gering erscheinen, daß aus den verschiedenen Konferenzen über Südostasien, die in den letzten Wochen stattgefunden haben — Konferenz des Britischen Commonwealth in Sidney, Konferenz der Vereinten Nationen in Bangkok, Konferenz der Interessenten eines Pazifikpaktes auf den Philippinen —, innert nützlicher Frist eine wirklich großzügige Aktion in der rechten Richtung hervorgehen werde. Worin die Westmächte und ihre asiatisch-australischen Verbündeten allein Energie, Aktivität und Großzügigkeit entfalten, das ist der falsche, der militärisch-machtpolitische und kapitalistisch-wirtschaftliche Kampf gegen den Kommunismus wie gegen die soziale Revolution überhaupt. Und der führt, wenn ihm nicht aus den Völkern heraus rechtzeitig Halt geboten wird, früher oder später unweigerlich zur blutigen Katastrophe, die die Revolution nicht verhindern, aber ihr ein Gesicht geben wird, an dem wir wenig Freude erleben dürften.

13. Juni.

Hugo Kramer.

Nach dem 4. Juni

Es gibt also noch Volksentscheide, über die man sich rechtschaffen freuen darf und die den romantischen Ruf unserer «direkten Demokratie» aufs neue zu rechtfertigen scheinen! Die eidgenössische Abstimmung vom 4. Juni ist tatsächlich so ausgefallen, wie man es wünschen mußte und wie es auch von vornherein zuversichtlich erwartet werden durfte: die angebliche Verständigungsvorlage über die Neuordnung

der Bundesfinanzen ist vom Stimmvolk ihren Machern mit ganz eindeutiger Wucht vor die Füße geworfen worden. Wir verkennen nicht den für die Linke günstigen Umstand, daß man diesmal fröhlich Nein schreiben durfte (was der Schweizer immer gern tut), noch sind wir sehr stolz darauf, daß die Opposition vor allem an das materielle Interesse derer appellieren mußte, die bei einer Annahme der Vorlage die Geprellten gewesen wären. Es wäre aber dennoch falsch, wollte man nun behaupten, am 4. Juni habe einfach der Egoismus der größeren Zahl gesiegt. Nein, das durchaus berechnete Eigeninteresse der unteren Klassen der Steuerzahler hat über den Egoismus der «oberen Zehntausend» triumphiert, die sich auf Kosten ihrer weniger bemittelten Volksgenossen eine recht erhebliche finanzielle Entlastung zu sichern gedachten. Dieses Drückebergermanöver ist nun gründlich mißlungen. Geschlagen sind vorab die als biedere Föderalisten verkleideten klerikalen Reaktionäre, die dem Ständerat und durch ihn auch dem Nationalrat eine schlechthin unmögliche Lösung des Finanzproblems aufzuzwingen vermocht hatten, vom Volk indessen wie selten einmal abgeschüttelt worden sind. Geschlagen sind aber auch die mit den Schein-Föderalisten verbündeten allbürgerlichen Klassenpolitiker, die sich im «Büro Büchi» und ähnlichen Agenturen höchst wirksame Propagandawerkzeuge zu schaffen gewußt und damit auch allzu oft die öffentliche Meinung irreführt haben, diesmal aber es doch nicht fertig brachten, die Volksmehrheit vor den Wagen einer kleinen, aber herrschaftsgewohnten Minderheit zu spannen.

Wird sich nun aber, so muß man fragen, die Volksmehrheit vom 4. Juni auch wieder zusammenfinden, wenn es gilt, einer anderen, besseren Finanzvorlage zum Durchbruch zu verhelfen? Wir haben nicht den Mut, darauf ohne weiteres mit Ja zu antworten. Das Problem, das jetzt zu lösen ist, ist ja schon rein technisch ziemlich verwickelt. 600 bis 700 Millionen Franken an laufenden Bundeseinnahmen haben zurzeit keine verfassungsmäßige Grundlage. Sie gehen jetzt auf Grund eines sogenannten Notrechts ein, das die Form einer von der Bundesversammlung ohne Befragung des Volkes verabschiedeten «Uebergangsordnung» angenommen hat. Die Uebergangsordnung, wie sie im Dezember 1949 von den Räten beschlossen wurde, läuft mit Ende dieses Jahres ab, kann aber durch Volksabstimmung um ein weiteres Jahr verlängert werden. Es ist dringend zu raten, diese Uebergangsordnung nicht vor das Volk zu bringen; sie würde angesichts ihrer sachlichen Mängel mit Sicherheit ebenfalls verworfen werden. Bleibt also nur die Möglichkeit, eine neue Uebergangsordnung auszuarbeiten und der Abstimmung von Volk und Ständen zu unterbreiten, eine Vorlage also, die der Steuergerechtigkeit wesentlich näher kommt als die jetzt noch in Kraft stehende Notordnung, und hinter die sich alle größeren Parteien stellen können. Ohne das ist jede weitere Zwischenlösung von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Aber auch wenn auf Grund einer zweiten Volksabstimmung die neue Uebergangsvorlage bis Jahresende unter Dach und Fach gebracht werden kann, wird der Hauptkampf um die endgültige Finanzreform erst recht wieder mit Leidenschaft entbrennen. Und sein Ausgang ist, wie angedeutet, mit Nichten vorauszusehen. Es gibt Leute genug, die, ohne es irgendwie zu wünschen, überzeugt sind, daß auf dem normal-demokratischen Weg das Bundesfinanzproblem überhaupt nicht mehr zu lösen sei, da jeder Lösungsversuch am Widerstand einer so oder so zusammengesetzten Nein-Koalition scheitern müsse, zumal wenn die Volksinitiative der Partei der Arbeit für gänzliche Aufhebung der Umsatzsteuer angenommen würde. Denn wie in diesem Fall ohne eine sehr kräftige Mehrbelastung der großen Einkommen und Vermögen, gegen die sich aber deren Bezüger und Besitzer mit äußerster Kraft wehren würden, die schon jetzt kaum erschwinglichen Bundesausgaben auf verfassungsmäßigem Wege bestritten werden könnten, das ist tatsächlich um so nebelhafter, als ein immer möglicher Konjunkturzusammenbruch außerordentliche Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung erfordern würde und bekanntlich die Armeeführung einen Rüstungskredit von nicht weniger als 1400 Millionen Franken anbegehrt, der während vier oder fünf Jahren das Bundesbudget besonders stark belasten müßte. Kurz, es wird sehr schwer halten, in Volk und Ständen eine Finanzreform durchzubringen, die allen Interessen gerecht werden will und es darum vielleicht niemandem

recht machen kann. Die bürgerliche Demokratie mag in diesen Kämpfen auf eine Art und Weise erschüttert werden, die ihre jetzt eher latente Krise höchst akut zu machen droht. Wenn dabei nicht die Demokratie selber zuschanden gehen und die Schweiz nicht einem offen autoritär-konservativen Regime verfallen soll, dann gibt es nur noch den Ausweg, die bürgerliche Demokratie ohne Verzug zur *sozialen* Demokratie umzubauen. Wo aber sind die Kräfte, die ein solches Werk an die Hand zu nehmen vermöchten?

14. Juni.

Hugo Kramer.

Manifest

Aufruf von «Kirche und Frieden»
An das niederländische Volk*

Es ist eine traurige Tatsache, daß man überall damit beschäftigt ist, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten.

Amerika sagt: Wir rüsten gegen Rußland.

Rußland sagt: Wir rüsten gegen Amerika.

Die Trennungsmauer zwischen Osten und Westen wird stets höher gebaut, und an beiden Seiten dieser Mauer rüsten die Machthaber gegeneinander.

Auch die Niederlande sind in diese Kriegsvorbereitungen einbezogen. Wir sind in die amerikanische Front eingeschaltet.

Niederland ist in den Atlantikpakt aufgenommen. Niederland muß daher seinen Beitrag zur Aufrüstung gegen Rußland liefern.

Niederland erhält Waffen aus Amerika.

Auch Niederland will und muß stark dastehen gegen einen möglichen russischen Angriff.

Auch Niederland wird täglich mehr vermilitarisiert. Auf jeder Eisenbahnstation hängt ein Plakat mit dem salutierenden holländischen Mädchen in Uniform mit der Aufforderung: Schließe dich der Frauenhilfstruppe an!

Die Beträge, die für die Aufrüstung ausgegeben werden, grenzen ans Phantastische. Militärische Ausgaben plus erhöhte nationale Schuld mit Zinsen plus Kriegsschäden betragen mehr als die Hälfte, nämlich etwa 1600 Millionen Gulden, von den aufzubringenden Steuern. Durch den Rundfunk und die Presse wird das Volk so bearbeitet, daß es alles gutfindet. Es scheint doch so notwendig zu sein!

Auch die Kirche heißt durch Schweigen diese Vermilitarisierung des Volkes gut oder unterstützt sie noch durch praktische Mitwirkung.

Man vergißt,

daß wir durch zwei Weltkriege nicht haben erreichen können, was wir erstreben. Gewalt schafft Gewalt. Wir ernten im Augenblick, was wir im zweiten Weltkriege gesät haben. Wir rüsten gegen das russische Volk, dessen Opfer wir während des zweiten Weltkrieges so begeistert hingenommen haben, während wir übersehen, daß wir selbst durch den zweiten Weltkrieg Rußland zur Macht verholfen haben. Friede, der durch Krieg erworben ist, ist nur eine Unterbrechung des Krieges.

Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß eine stets höher geschraubte Aufrüstung die Katastrophe, die wir verhindern wollen, gerade herbeiführt.

Krieg ist keine Lösung der herrschenden Spannungen und Konflikte.

Man vergißt,

daß bei einem neuen Weltkriege Westeuropa bestimmt untergeht. Die Vorbereitung dieses Krieges bedeutet also den Selbstmord Europas.

* Wir geben unsern Lesern von diesem mutigen Wort der holländischen christlichen Friedensfreunde um seines grundsätzlichen Gehaltes willen Kenntnis, da die Vermilitarisierung keineswegs nur ein holländisches Problem ist.